



## **Reisebericht des Abgeordneten Max Lucks - Einzeldienstreise vom 25.06. bis 02.07. 2023 nach Peru (Lima) und Kolumbien (Bogotá, San José de Apartadó) als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses<sup>1</sup>**

Stand: 16.08.23

### **Vorwort**

---

Zu lange galten Lateinamerika und die Karibik als der „vergessene Kontinent“. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gewinnt die Region an strategischer Bedeutung, im Systemwettbewerb mit Russland und China und besonders mit Blick auf Rohstoff- und Energiepartnerschaften. Im Rahmen meiner Reise als außenpolitischer Berichterstatter meiner Fraktion für Lateinamerika und die Karibik war es mir ein wichtiges Anliegen, vor diesem Hintergrund neue Akzente in der außenpolitischen Zusammenarbeit zu setzen. Politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Kontext unserer menschenrechtsgeleiteten Außenpolitik setzt eine offene und respektvolle Formulierung gegenseitiger Interessen und die gegenseitige Bereitschaft voraus, von den Erfahrungen der Gegenseite zu lernen.

Deutschland ist stärker denn je auf progressiv regierte Partnerländer in der Region angewiesen. Kolumbien erlebt mit dem aktuellen Präsidenten Petro die historische Chance auf sozialen Wandel und eine fundierte Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts, von der wir auch für Krisen und Konflikte innerhalb Europas lernen können. Das Streben dieser Regierungen nach einer verstärkten regionalen Integration, dem Ausbau lokaler Wertschöpfungsketten, Auswegen aus Verschuldungsspiralen sowie ihre Vermittlungsangebote in internationalen Organisationen verdienen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Mit der Koalitionsmehrheit hat der Bundestag am 07.07.2022 einen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angenommen, den ich als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss mitverhandelt habe. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, den Friedensprozess auch künftig politisch und finanziell zu unterstützen und die konsequente Umset-

---

<sup>1</sup> Dies ist eine zur Veröffentlichung bestimmte Fassung. Der Bericht ist an einigen Stellen gegenüber dem bei der Bundestagspräsidentin vorgelegten Bericht abgeändert.

zung aller transformativen Bestandteile des Friedensabkommens von der jetzigen und künftigen kolumbianischen Regierungen einzufordern. Dazu zählten beispielsweise Maßnahmen zur gerechten Verteilung von Land im Rahmen einer Landreform.

Außerdem forderte der Bundestag die Bundesregierung auf, sich für die Stärkung des politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements, der Teilhabe insbesondere von Frauen und marginalisierten Gruppen, der Partizipationsmöglichkeiten der jüngeren Generation sowie die Verbesserung ihrer Zukunftsperspektiven in Kolumbien einzusetzen. Diese Themen wurden im Rahmen dieser Reise fortlaufend aufgegriffen. Weitere Forderungen des Antrags zielten auf die Bekämpfung von Ungleichheit, Korruption und Kapitalflucht, auf das Vorhaben einer Justizreform und die rechtsstaatliche Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen. Vor Ort konnte ich mir einen ersten Eindruck der Herausforderungen in der konkreten Umsetzung dieser Vorhaben der progressiven Regierung Petro machen.

Außerdem war für mich aufgrund der anhaltenden Krise der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit essenziell, nach Peru zu reisen. Die Aushöhlung der demokratischen Institutionen und die Defizite im Bereich Minderheitenschutz werde ich langfristig weiterverfolgen. Aber auch in Kolumbien erfuhr ich im Austausch mit der kritischen Zivilgesellschaft von besonderen Herausforderungen im Menschenrechtsbereich, insbesondere im Bereich Polizeigewalt, Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen und Minderheitenrechte wie LGBT, die ich fortlaufend thematisiert habe.

Die Reise fand knapp einen Monat im Vorfeld des Gipfeltreffens der EU und der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (Celac) statt, zu dem die Kommissionspräsidentin am 17. und 18. Juli knapp 30 Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft nach Brüssel eingeladen hat.

# 1. Peru

---

## 1.1. Aktuelle Lage vor dem Hintergrund einer destabilisierten, politischen Lage und Polizeigewalt

Im Dezember 2022 und Januar 2023 kam es in Peru zu exzessiver, teils tödlicher Gewaltanwendung von Seiten der Sicherheitskräfte und zu schweren Menschenrechtsverletzungen, die besonders indigene Andenbewohner\*innen getroffen hat. Ein Bericht der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) stellt fest, dass es während der Proteste zu "unverhältnismäßiger, wahlloser und tödlicher Gewaltanwendung" durch Polizeibeamte und Angehörige der Streitkräfte kam, 49 Zivilist\*innen kamen ums Leben.

Im Zusammenhang mit diesen Protesten gab es insgesamt 66 Todesopfer und über 1.000 Verletzte, aber noch keine Anklage. Anfang April 2023 wurde eine Sondereinheit aus zwölf Staatsanwält\*innen gebildet. Diese ist höchst umstritten, da sie ihren Sitz in Lima und nicht in den betroffenen Regionen hat, da nur ein Mitglied Erfahrung in Menschenrechtsuntersuchungen hat, von einer Generalstaatsanwältin und ihren Vertrauten geleitet wird, deren Studienabschluss im Kontext von Plagiatsvorwürfen angezweifelt wird, und besonders weil sie bisher keine strafrechtlichen Ergebnisse präsentiert hat. Das Justizministerium hat lediglich intransparent Geld an einzelne Familienmitglieder der Opfer ausgezahlt.

Die Proteste der Zivilgesellschaft zielten auf den Rücktritt der Präsidentin, Neuwahlen und eine neue Verfassung ab. Die strukturelle Diskriminierung der Indigenen besteht fort, landesweite Demonstrationen gegen die Regierung von Dina Boluarte halten an. Besonders heftig waren die Proteste in den indigen geprägten Regionen Ayacucho und Puno in den südlichen Anden. Aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die Proteste Ausdruck einer sich konsolidierenden indigenen politischen Bewegung, die u.a. von den Gewerkschafts-Dachverbänden Sutep, FTCCP und CGTP getragen wird, welche zu unbefristeten Streiks aufriefen.

Dennoch stellen manche Regierungsvertreter\*innen systematische Menschenrechtsverletzungen in Peru als aus dem Ausland von Evo Morales koordinierte kriminelle Aktionen von Terroristen dar. Von dieser Darstellung distanzieren

sich indigene Nichtregierungsorganisationen deutlich. Das menschenrechtsfeindliche Narrativ der Regierung, wie auch die vergangene Äußerung der Übergangspräsidentin Boluarte „Habt Ihr nicht genug mit 49 Toten? Wollt ihr noch mehr Tote?“ im Fernsehen hat das Vertrauen der engagierten Zivilgesellschaft in Demokratie und Rechtsstaat tief erschüttert.

Besonders bewegt hat mich ein Besuch im Erinnerungsmuseum „LUM“, das zu 80% aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert wird und nur zu diesem Anteil fertiggestellt wurde. Dass es an politischem Willen zur kritischen Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Konflikt und der Rolle der Streitkräfte in diesem sowie in aktuellen Kontexten mangelt, zeigt sich auch daran, dass der ultrakonservative Bürgermeister Limas das Museum unter einem sicherheitstechnischen Vorwand im März an genau dem Tag schließen ließ, als Amnesty International dort einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen während der Proteste unter Übergangspräsidentin Boluarte vorstellen sollte.

Im Austausch mit Tarcila Rivera Zea und anderen indigenen Aktivist\*innen konnte ich mir ein differenziertes Bild von der politischen Stimmung in der Bevölkerung machen. Besonders das politische System wird kritisch betrachtet: Im derzeitigen Parlament hat eine deutliche Mehrheit der Mitglieder keine politische Erfahrung, es gibt kein konsolidiertes Parteiensystem. Aufgrund des Prinzips der Nicht-Wiederwahl besteht ein besonderes Interesse für Abgeordnete, die Amtszeit zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen.

Die mangelnde Legitimation der Regierung ist mir besonders aufgefallen. Umfragen bestätigen dies: Die Zustimmungswerte der Bevölkerung zur Übergangspräsidentin (80 % Ablehnung) und Kongress (91% Ablehnung) befinden sich zum aktuellen Stand (Anfang Juli 2023) an einem historischen Tiefpunkt. Boluarte scheint trotz ideologischer Differenzen einen inoffiziellen Pakt mit dem überwiegend rechten bis rechtsextremen Kongress eingegangen zu sein, um die Stabilität der Machtverhältnisse zu wahren. Darüber hinaus wurden durch Nach- und Neubesetzungen von Ämtern wie der Staatsanwältin Zoraida Ávalos und der Ombudsperson für Menschenrechte zunehmend Institutionen kooptiert, die ihre demokratische Kontrollfunktion im Sinne der Gewaltenteilung nur noch begrenzt ausüben. Zusammenfassend konnte diese Regierung bisher nicht zur Stabilisierung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Land

beitragen. Die Forderungen der Zivilgesellschaft nach einer umfassenden Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen, einer neuen demokratischen Verfassung und Neuwahlen bleiben weiterhin relevant.

Besorgniserregend ist auch die erstarkende US-amerikanische Militärpräsenz in der Region: Am 20. April erließ die Übergangsregierung ein Gesetz, wonach zwischen dem 1. Juni und dem 31. Dezember dieses Jahres bewaffnete US-Soldaten im Land Kooperations- und Ausbildungsmaßnahmen mit den Streitkräften und der Polizei Perus in den Regionen Lima, Callao, Loreto, San Martín, Huánuco, Ucayali, Pasco, Junín, Huancavelica, Cusco, Ayacucho, Iquitos, Pucusana und Apurímac durchführen dürfen. Die die USA in ihrer Kritik an der systematischen Polizeigewalt in Peru gegen Andenbewohner\*innen bisher besonders zurückhaltend waren, ist diese Entwicklung kritisch zu beobachten.

Deutschland hat im Rahmen des Staatenüberprüfungsverfahrens UPR (universal periodic review) im VN-Menschenrechtsrat im Januar 2023 seine Besorgnis über die Todesfälle sowie zur Lage indigener Gruppen zum Ausdruck gebracht und unter anderem Ausbildungsmaßnahmen für Sicherheitskräfte zu Deeskalationsstrategien und Gewaltpräventionen empfohlen. Dieses Engagement muss fortgesetzt werden.

Peru hat 2022 den OECD-Beitrittsprozess eingeleitet. Deutschland sollte diesen kritisch begleiten. Erforderlich sind massive Verbesserungen in den Bereichen der Schließung sozialer Lücken in Bildung, Gesundheit, Arbeit, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung, Verbesserung der öffentlichen Verwaltung, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Investitionen und des Handels auf nachhaltige Weise sowie in der demokratischen institutionellen Stärkung des Staates. Klar ist: Ein Peru, das in der gegenwärtigen Situation Mitglied der OECD würde, wäre zum Nachteil für die gemeinsam geteilten Werte und Anforderungen innerhalb der OECD.

## **1.2. LGBT-Rechte in Peru**

Sowohl im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Eliten Limas als auch in der indigenen Landbevölkerung sind Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit weit verbreitet. Peru ist eines der wenigen Länder Lateinamerikas, in dem es kaum Gesetze zugunsten von LGBTQ-Personen gibt. In den letzten Jahren hat der

peruanische Staat durch Untätigkeit und stigmatisierende Äußerungen der Behörden, den Kreislauf von Gewalt und Unsicherheit, dem diese Menschen täglich ausgesetzt sind, noch verstärkt, anstatt die Rechte von LGTBIQ+ Menschen zu garantieren. Ein Gesetzentwurf zur Gleichstellung der Ehe, den der ehemalige schwule Kongressabgeordnete Alberto de Belaunde eingebracht hatte, schlummerte jahrelang einem Kongressausschuss. Ein besonderer Fokus meiner Reise lag deshalb auf Menschenrechten von LGBT-Personen.

Zwar dürfen trans Personen ihr Geschlecht seit 2016 legal ändern (allerdings gibt es rechtlich kein „drittes Geschlecht“). Jedoch wird dieses Recht in der Praxis häufig verweigert. Mindestens sieben trans Frauen sind 2023 bereits durch Hassverbrechen ermordet worden. Insbesondere trans Frauen haben kaum Zugänge zum Arbeitsmarkt, vielen steht nur die Sexarbeit offen. Wie ich bei der Besichtigung eines Gesundheitsprojekts der NGO Epicentro, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird, erfahren habe, werden trans Frauen in Gesundheitszentren diskriminiert und damit in ihrem Zugang zur Gesundheitsversorgung massiv eingeschränkt, was gerade mit Blick auf die HIV/AIDS-Prävention im Bereich Sexarbeit gravierende Folgen hat.

Das Gespräch mit Andrea Boccardi, Direktorin für die Andenländer von O-NUSIDA, hat mir bestätigt, dass von Seiten der Übergangsregierung und der Mehrheit im Parlament kein politischer Wille zur Verbesserung der Lebensbedingungen von LGBT-Personen zu erwarten ist. Nicht einmal dann, wenn etwa ein verbesserter Zugang zu Gesundheitsversorgung dem Schutz der Gesamtbevölkerung vor einer Expansion des HIV-Virus entgegenwirken würde.

63 % der in einer Umfrage vom INEI befragten LGTBIQ+-Personen gaben an, Opfer irgendeiner Art von Gewalt und Diskriminierung geworden zu sein, vor allem in öffentlichen und Bildungseinrichtungen.

Der Austausch mit Susel Paredes war für mich besonders gewinnbringend: Sie ist die einzige offen lesbisch lebende Abgeordnete, welche sich für die Rechte queerer Menschen einsetzt. In ihrer Arbeit legt sie einen besonderen Schwerpunkt auf den Kampf für die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare, die Abschaffung von Konversionstherapien sowie gegen die Kriminalisierung von trans Personen, die besonders unter Polizeigewalt und dramatischen Haftbedingungen leiden.

Auch der Austausch mit der Abgeordneten Ruth Luque Ibarra hat mir bestätigt, dass Indigenenrechte sowie der Kampf gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit im Zentrum unseres menschenrechtlichen Engagements in der Region stehen müssen. Sie engagiert sich besonders im Bereich Gewalt gegen indigene Frauen. Mit ihr haben wir uns auch zum umstrittenen Gesetzesentwurf Ley PIACI (PIACI = pueblos indígenas aislados y en contacto inicial - indigene Völker in freiwilliger Isolation und Erstkontakt) ausgetauscht, der auch dank des Engagements der deutschen Botschaft vorläufig gestoppt werden konnte. Die Botschafter\*innen von Deutschland, Kanada und Großbritannien haben bereits im April vor einer Verabschiedung des Gesetzes gewarnt, weil es die Abholzung, Vertreibung und Gesundheitsrisiken für die indigenen Völker mit sich bringen und Konflikte verschärfen würde. Frau Ibarra hat mir auch ihren Bericht zur politischen Krise zwischen Dezember und Februar 2023 vorgelegt, welcher die Folgen des Aufnahmestands problematisiert, die systematische Polizeigewalt in dieser Zeit bestätigt, strafrechtliche Konsequenzen für die Menschenrechtsverbrechen fordert und an die internationale Gemeinschaft um Unterstützung appelliert. Ihre Versuche einer Anhörung zur Problematik bei der Generalstaatsanwaltschaft waren nicht erfolgreich.

## **2. Kolumbien**

---

### **2.1. Aktuelle Lage unter der progressiven und pro-Westlichen Regierung Petro**

Daran anschließend konnte ich mir in Kolumbien über drei Tage in Bogotá und einen Tag in der Friedensgemeinde in San José de Apartadó einen Eindruck von den Erfolgen und Herausforderungen in der Umsetzung der Friedensverhandlungen verschaffen.

Die „paz total“ ist seit Amtsantritt Petros erklärtes Regierungsziel, der Friedensdialog mit der ELN wurde in einer dritten Runde wieder aufgenommen, doch die Umsetzung verläuft schleppend: In Kolumbien nehmen politisch motivierte Gewalttaten gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen sogar zu, 2022 wurden 189 „social leaders“ ermordet. Anstrengungen der Nationalen Schutz Einheit UNP konnten die Opferzahlen bisher nicht senken, der politische Wille und erste konkrete Maßnahmen schlagen sich bislang nicht in messbaren Er-

folgen nieder. Im Innenministerium finden jedoch Bemühungen statt, die Probleme der UNP aufzuarbeiten: Es gibt Berichte, dass diese zu lange braucht, über Anträge auf Schutz zu entscheiden, Anträge ohne substantielle Begründung ablehnt, Anträge zunächst genehmigt und nach ein paar Monate aber wieder entzieht, bei der Bewertung von Anträgen häufig Informationen von Betroffenen nicht ausreichend einbezieht und dass gewährte Schutzmaßnahmen oft nicht vollständig umgesetzt bzw. dafür notwendige Gelder nicht freigegeben werden. Dass diese Probleme überhaupt öffentlich bekannt und sichtbar wurden, ist dem Engagement der neuen Regierung zu verdanken.

Mit ihrer paz total-Politik, den auch von Deutschland unterstützten Verhandlungen mit der Guerilla-Gruppe ELN und dem Sofortschutzplan für Menschenrechtsverteidiger\*innen (Plan de Emergencia) hat die Regierung Petro wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Gleichzeitig werden Kollektivschutz-Instrumente für ländliche Gemeinden und das Schutzprogramm speziell für Menschenrechtsverteidiger\*innen weiter kaum umgesetzt und Betroffene an der Ausgestaltung von Schutzmaßnahmen nur unzureichend beteiligt. Hauptursache der anhaltenden Angriffe auf die Zivilgesellschaft ist jedoch die fast vollständige Straflosigkeit: Von 1.333 zwischen 2002 und 2022 begangenen Morden an Menschenrechtsverteidiger\*innen, wurden lediglich in 179 Fällen die Verantwortlichen verurteilt.

Die Koordinierungsprobleme zwischen staatlichen Institutionen und Verwaltungsebenen und die Polizeireform verdienen infolgedessen akute Aufmerksamkeit. Das nächste UPR-Verfahren läuft im August 2023 an.

## **2.2. Friedensprozess in Kolumbien**

„Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes wird das Deutsch-Kolumbianische Friedensinstitut CAPAZ unter Direktor Prof. Peters gefördert und diverse Projekte zur Friedenskonsolidierung finanziert, zum Beispiel mit der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden JEP, mit der Menschenrechtsorganisation Sisma Mujer für Frauenrechte, oder dem Geneva Centre for Security Sector Governance (DCAF) zur Sicherheitssektorreform.

Die dritte Verhandlungsrunde läuft seit 02.05.2023 in Havanna, Deutschland war mit Botschafterin Schuegraf zur Eröffnung vertreten. Inzwischen konnte am 06. Juli im Nachgang der Reise ein Waffenstillstand mit der ELN erreicht



werden. Der Ansatz Petros, in Verhandlungen zwischen kriminellen Organisationen wie dem Clan del Golfo und politischen Organisationen wie der FARC zu differenzieren, deren Nachfolgepartei in der Folge des Friedensabkommens von 2016 noch mit fünf Sitzen im Parlament vertreten ist, ist begrüßenswert. Die Partei „Comunes“, deren Vertreter ich getroffen habe, hat jedoch kaum Chancen auf Wiederwahl, auch aufgrund mangelnder öffentlicher kritischer Aufarbeitung der eigenen gewalttätigen Historie.

Mit den rein kriminellen Organisationen kann hingegen kein politischer Dialog stattfinden, es kann höchstens über rechtliche Vergünstigungen im Gegenzug für eine friedliche Selbstauflösung nach den Grundsätzen von Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verhandelt werden. Dafür gibt es jedoch aktuell kaum Anreize, auch da die Präsenz des Staates in vielen ländlichen Regionen zu schwach ist, um der Organisierten Kriminalität flächendeckend effektiv entgegenzuwirken. Die Zivilgesellschaft kritisiert in diesem Kontext teilweise zurecht, dass schwere und systematische Menschenrechtsverbrechen in der Folge von Strafvergünstigungen im Zuge von Verhandlungen etwa im Kontext der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) leichter bestraft werden können als „einfache Morde“. Es ist begrüßenswert, dass die Regierung Petro die Vernetzung und den Informationsaustausch zwischen der JEP, der Unidad de Personas Desaparecidas (UNP) und der Nachfolge der Wahrheitskommission in diesem Kontext fördert.

In jedem Fall ist es für die Zivilgesellschaft von fundamentaler Bedeutung, dass Betroffene und Zivilgesellschaft an den Verhandlungen mit den anderen Gruppen teilhaben werden. Die EU muss die weiteren Prozesse durch den Einsatz eines Sonderbeauftragten für den Frieden weiter langfristig begleiten.

Die Gewalt anderer bewaffneter Gruppen, die das durch die Entwaffnung der FARC entstandene Machtvakuum teilweise gefüllt haben, findet bis heute in den Regionen kein Ende, die Landbevölkerung wird bedroht und vertrieben. Der zu Jahresbeginn vorgeschlagene Waffenstillstand wurde nicht eingehalten, auch weil die Regierung keine konkrete Umsetzungsstrategie entwickelt hatte und nicht alle Gruppen hierarchisch oder einheitlich organisiert sind oder keine politischen Anreize zur Umsetzung vorhanden sind. Die Zivilgesellschaft nimmt die ambitionierten Projekte der Regierung Petro wohlwollend wahr, dennoch mangelt es an vielen Stellen an Zeit, Ressourcen, politischer Teilhabe

und konkreten Lösungen für den mangelhaften Informationsfluss und die Disparitäten zwischen den Verhandlungsteilnehmenden und den Strukturen in den betroffenen Regionen.

Der Besuch in der Friedensgemeinde in San José de Apartadó war einer der Momente in meiner politischen Laufbahn, die mich besonders bewegt haben und nachhaltig prägen werden. Die Friedensgemeinde wird von Volontär\*innen der Peace Brigades International begleitet. Jeder Besuch in diesem hoch umkämpften Territorium in Urabá muss angemeldet werden, wird dokumentiert und von der Lokalpolizei aufmerksam überwacht. Der Jesuitenpater Javier Giraldo und María Brígida González der Friedensgemeinde haben uns von den Erfahrungen der Gemeinde berichtet. 52 kolumbianische Dörfer haben sich insgesamt zu „Friedensgemeinden“ erklärt, in der Hoffnung, sich aus dem Konflikt heraushalten zu können. Die Gemeinde San José de Apartadó in Nordkolumbien, die dafür mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde, hat zahlreiche Massaker durch paramilitärische Gruppen überlebt und seit ihrer Existenz über 300 Menschen gewaltsam verloren.

### **2.3. Polizei- und Militärkooperation mit Kolumbien**

Kolumbien ist das einzige lateinamerikanische Land, das seit 2018 ein umfassendes Abkommen mit dem Nordatlantischen Bündnis geschlossen hat. Dieser Status ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit der Nato in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen. Tatsächlich bildet die kolumbianische Armee auf Ersuchen der Nato ukrainische Soldaten in Minenräumung aus. Deutschland und Kolumbien haben eine Militärkooperation vereinbart, die vor allem Ausbildungszwecken dient und zur Prävention von weiteren Menschenrechtsverbrechen beitragen soll. Aus dem Antrag des Bundestags „Weitere Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien“ ergeben sich diesbezüglich Berichtspflichten, denen unsere Regierung halbjährlich nachkommen muss.

In Bogotá durfte ich eine inspirierende Stadtführung einer jungen Politologin zum Thema politische Straßenkunst (Graffiti/Murales) besuchen, welche die Stadt im Rahmen einer Public Policy aktiv fördert. Viele der Kunstwerke handeln von systematischer Polizeigewalt. So besuchten wir etwa ein Gedenk-

Graffiti für den 2019 im Kontext von Demonstrationen von der Polizei ermordeten Dilan Cruz. Ein Passant kommentierte unseren Besuch mit den Worten, man solle uns die Wahrheit erzählen, er sei ein Drogenkrimineller gewesen (der es nicht anders verdient habe?). Die Relevanz der Auseinandersetzung mit der hochaktuellen Problematik wurde in diesem Moment umso deutlicher.

Es ist wichtig, dass Deutschland die Umsetzung der geplanten Polizeireform zur Bedingung für Polizeikooperationen macht, damit vulnerable Gruppen besser geschützt werden. Die Argumente dafür liefern Organisationen wie Indepaz, oder das Comité de Solidaridad con los Presos Políticos. Es besteht großes Interesse daran, von der Erinnerungskultur und den Aufarbeitungsbemühungen in Deutschland zu lernen. Dabei hat Kolumbien mit dem Bericht der Wahrheitskommission und der Arbeit der JEP bereits große Fortschritte in den Bereichen des Friedensprozesses Wahrheit und Gerechtigkeit erzielt.

Militär und Polizei in Kolumbien begehen immer wieder schwerste Menschenrechtsverletzungen – häufig auch in Kooperation mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen. Einheiten der Polizei sind bei den landesweiten, weitgehend friedlichen Protesten 2021 wiederholt willkürlich und mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Demonstrierende vorgegangen: Menschenrechtsorganisationen verzeichneten 89 Tötungsdelikte (davon mindestens 28 durch Polizeikräfte), über 3.500 größtenteils willkürliche Verhaftungen sowie hunderte weitere Fälle von Folter, Verschwindenlassen, sexueller Gewalt und Körperverletzung durch den Einsatz sogenannte weniger tödliche Waffen durch Polizeieinheiten (darunter 107 Fälle schwerer Augenverletzungen). Bei einer Militär-Operation in Putumayo Ende März 2022 töteten Streitkräfte willkürlich 11 Zivilpersonen. Zwischen 2018 und 2022 belegten die UN insgesamt 198 willkürliche Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte. Für die Jahre 2002 bis 2008 ermittelt die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) wegen der außergerichtlichen Hinrichtungen von mindestens 6.402 Menschen vor allem durch Militäreinheiten. Die allermeisten, von staatlichen Sicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen sind bisher straflos geblieben. Verantwortlich ist dafür auch das nicht unabhängige Polizei- und Militärjustizsystem. Entgegen internationaler Menschenrechtsstandards ziehen dessen Sondergerichte immer wieder Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei- und Militärkräfte an sich.

Die Regierung Kolumbiens hat erste Reformen von Polizei und Militär auf den Weg gebracht: Lustrationsmaßnahmen in der Polizei- und Militärführung, das

Einleiten eines Prozesses zur Überprüfung der bisherigen Militär- und Polizeidoktrin, die Umstrukturierung der Sonderpolizeieinheit ESMAD, die für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, oder die Verankerung des Konzept menschlicher Sicherheit als Ziel militärischen und polizeilichen Handelns in der neuen Sicherheitsstrategie des Verteidigungsministeriums. Weitere substantielle strukturelle Reformen der staatlichen Sicherheitskräfte sind jedoch dringend notwendig.

Begrüßenswert sind Initiativen zur Trennung des Oberkommandos von Militär und Polizei und der Transfer der Polizei unter ein ziviles Kommando außerhalb des Verteidigungsministeriums, das Ende der Sicherheitsdoktrin der Bekämpfung eines „internen Feindes“; die vollständige Anpassung sämtlicher Einsatzbefehle und -protokolle an internationale Menschenrechtsstandards, etwa hinsichtlich des Einsatzes von Schusswaffen und weniger tödlicher Waffen durch Polizeikräfte sowie die Einrichtung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, die überprüfen, inwieweit staatliche Sicherheitskräfte menschenrechtskonform handeln.

### **3. Zusammenfassung**

---

Aufgrund der Komplexität der beiden sehr unterschiedlichen Kontexte und der zahlreichen Eindrücke, die ich im Kontext meiner einwöchigen Reise erfahren durfte, ist es eine besondere Herausforderung, ein zusammenfassendes Fazit zu ziehen. Die Krise der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Peru muss weiterhin aufmerksam verfolgt werden. Solange die Übergangsregierung unter Boluarte die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen im Zuge der Proteste verweigert und rechte bis rechtsextreme Kräfte in der Regierung und im Kongress demokratische Institutionen kooptieren und somit die Gewaltenteilung gefährden, ist keine demokratische Lösung der politischen Krise und auch kein Minderheitenschutz möglich.

Der Friedensprozess in Kolumbien und die ambitionierten Reformprojekte der Regierung Petro (Steuerreform, Landreform, Polizeireform) braucht die deutsche Unterstützung in diesem historischen Zeitfenster mehr denn je. Es gilt, die Zusammenarbeit mit Ländern wie Kolumbien zu stärken, um für zukünftige Friedensprozesse in Europa zu lernen.

Neben den erwähnten Handlungsschwerpunkten, welche für unsere feministische Außenpolitik von zentraler Bedeutung sind, muss auch die gemeinsame Bekämpfung der transnational operierenden Organisierten Kriminalität stärker in den außenpolitischen Fokus rücken. In diesem Kontext ist wichtig, dass der Sozialstaat in ländlichen Regionen ausgebaut und Kleinbäuer\*innen geschützt, dass wirtschaftliche Alternativen aufgezeigt werden und im Nachgang des gescheiterten Kampfes gegen die Drogen über eine menschenrechtsfreundliche Liberalisierung der internationalen Drogenpolitik diskutiert und verhandelt wird.

Einen Monat nach meiner Einzeldienstreise kam es zum EU-CELAC-Gipfel in Brüssel. Zwei Signale begrüße ich vor dem Hintergrund meiner Reise besonders:

Zum einen die strikte Verurteilung des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Auf meiner Reise spürte ich, dass beispielsweise der Besuch des Bundeskanzlers in Brasilien und seine ungeschickte Aufforderung zu Waffenlieferungen große Fragezeichen auf dem gesamten Kontinent hinterlassen haben. Es ist beeindruckend, dass beim EU-CELAC eine klare Verteilung des Angriffskrieges Russlands erreicht werden konnte. Und das, obwohl gerade das Verhalten der Vereinigten Staaten in diesem Kontext kontraproduktiv ist: Wie soll man einem Staat wie Kolumbien, in dem Minenräumer für die Ukraine ausgebildet werden, erklären, dass die geächtete Streumunition nun in die Ukraine geliefert wird? Es braucht eine ehrliche Empathie gegenüber den Friedensbemühungen aus Lateinamerika und der Karibik. Mit der klaren Verurteilung des Angriffskrieges Russlands haben sich die CELAC-Staaten in eine richtige Richtung bewegt. Darauf gilt es aufzubauen und künftig ihre Friedensbemühungen ernst zunehmen statt abzutun.

Zum anderen hat der EU-CELAC Gipfel das Embargo der Vereinigten Staaten gegen Kuba kritisiert und damit erneut eine eigenständige Außenpolitik Europas gegenüber den CELAC Staaten unterstrichen. Von Seiten der Zivilgesellschaft und des Parlaments konnte ich in Peru und Kolumbien spüren, wie sehr Deutschland und Europa für ihre eigenständige Außenpolitik geschätzt werden. Gerade mit Blick auf Peru ist es in der anhaltenden Krise der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, verursacht von Übergangspräsidentin Boluarte, wichtig, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben und diese auch durch eigenständige Analysen des Auswärtigen Dienstes zu untermauern.

Deutschland und Europa befinden sich gegenüber den CELAC-Staaten in einem ständigen, systemischen Wettbewerb mit China. Mit Blick auf die aktuelle Lage in Kolumbien möchte ich ausdrücklich die Leistung der Deutschen Botschaft in Bogota hervorheben, die sich für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands beeindruckend einsetzt. Mit der Entscheidung der Regierung Petro, den Bau der Metro von Bogotá an ein chinesisches Staatsunternehmen zu erteilen und nicht an die Firma Siemens, erweckt sie den Eindruck ungleicher Wettbewerbsbedingungen und hat der Deutsch-Kolumbianischen Freundschaft einen Bärendienst erwiesen. Die Bemühungen der Deutschen Botschaft, ungleiche Wettbewerbsbedingungen auszugleichen, sind äußerst unterstützenswert.

Deutschland und Europa haben gute Chancen im systemischen Wettbewerb um die Staaten Lateinamerikas und der Karibik zu bestehen. Wenn wir nicht das gleiche Angebot machen wie China, sondern ein besseres, und Zivilgesellschaft sowie soziale Bewegungen zu festen Säulen unseres Bündnisses machen. Wenn wir endlich verstehen, dass der systemische Wettbewerb auch der gescheiterten internationalen Drogenpolitik der Vereinigten Staaten entgegensteht und wir uns zutrauen, hier endlich eigenständige Vorschläge zu unterbreiten.

*Eine genaue Liste der Gesprächspartner\*innen liegt der Bundestagspräsidentin vor.*